

K1	Antragssteller*in:	Weiterleitung an:
	Bastian Hielscher	Juso Bezirk SPD Unterbezirk SPD Ratsfraktion
<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Weitergeleitet an _____		

Alkoholverbote in Braunschweig verhindern – Probleme nicht verlagern

1 **Antragstext:**

2 Die Stadtratsfraktion der SPD Braunschweig wird aufgefordert in Zukunft für keinerlei
3 allgemeine Alkoholverbote an öffentlichen Plätzen zu stimmen und sich stattdessen für
4 bessere Sozialarbeit, wie Aufklärungskampagnen und den gezielten Einsatz von
5 Streetworkern, oder weitere Alternativen in den betroffenen Gebieten einzusetzen.

6
7 **Begründung:**

8 Alkohol ist eine Droge und darüber hinaus kann nicht geleugnet werden, dass vielfältige
9 Probleme in Verbindung mit Alkoholkonsum und der gesellschaftlichen Wahrnehmung
10 existieren. Der kürzlich veröffentlichte Drogen- und Suchtbericht der Drogenbeauftragten
11 der Bundesregierung zeichnet dieses Problem wie folgt ab: Zwar gibt es beim
12 regelmäßigen Alkoholkonsum Jugendlicher einen rückläufigen Trend von 2001 17,9 % zu
13 2018 10,6 %, dagegen ist das Rauschtrinken bei älteren Jugendlichen und jungen
14 Erwachsenen jedoch immer noch weit verbreitet. Die alkoholbedingten
15 Krankenhauseinweisungen sind weiter gestiegen. Auch der regelmäßige Alkoholkonsum
16 von jungen Erwachsenen (18-25 Jahre) ist unverändert hoch und lag 2001 wie 2018 bei
17 knapp 38 %. In Deutschland werden pro Jahr durchschnittlich pro Kopf elf Liter reiner
18 Alkohol konsumiert. Etwa 9,5 Millionen Menschen trinken Alkohol in gesundheitlich
19 riskanter Form. Etwa 1,3 Millionen gelten als alkoholabhängig und jedes Jahr sterben über
20 73.000 Menschen an den Folgen ihres Alkoholmissbrauchs. Zwar ist die Tendenz
21 gegenüber den Vorjahren leicht rückläufig, dennoch liegt Deutschland im internationalen
22 Vergleich unverändert im oberen Drittel der Statistik.
23 Rausch und Alkohol sind – wenn sie nicht in Verbindung mit Abhängigkeit und Gewalt
24 wirken – trotz allem positive Bestandteile des Lebens vieler Menschen. Dem gegenüber
25 stehen Entwicklungen, Alkohol bzw. Alkoholkonsum aus der Öffentlichkeit zu verbannen,
26 häufig mit der Hoffnung, den Konsum damit auch einzuschränken. Durch die verstärkte
27 öffentliche Debatte und Wahrnehmung sind besonders Kinder, Jugendliche und junge
28 Erwachsene in den Fokus der öffentlichen Meinung und damit der Politik geraten.

29
30 **Repression:**

31 In Bezug auf dieses Problemfeld reagiert die Politik zunehmend repressiv. So hat die
32 CDU-Ratsfraktion direkt nach den bekannten Vatertagsvorkommnissen im Prinzenpark mit
33 umfänglichen Alkoholverboten gedroht. Dabei ist bereits aus Grundgesetzlichen
34 Erwägungen jedes allgemeine an alle Menschen gerichtete Alkoholverbot im öffentlichen
35 Raum ungeeignet und somit rechtswidrig. Durch Repression kann ein
36 verantwortungsvoller Umgang mit Alkohol nicht erreicht werden. Stattdessen drohen neue
37 Problemlagen.

38
39

40 Problemverlagerung:
41 Durch die Verordnung wird das grundsätzliche Problem nicht angegangen, sondern ein
42 Verdrängungsmechanismus in Gang gesetzt, der Jugendliche und junge Erwachsene
43 dazu zwingt Alkohol nicht mehr an den genannten Orten, sondern in benachbarten
44 Gebieten zu konsumieren (z.B. Theaterpark). Das Verbot an bestimmten Orten Alkohol
45 konsumieren zu dürfen, verlagert das Problem nur. Zudem ändert es im Endeffekt nichts
46 daran, dass Jugendliche und junge Erwachsene vor ihrer Ankunft im Prinzenpark massiv
47 Alkohol konsumieren und alkoholbedingte Verhaltensweisen trotzdem vor Ort ausgelebt
48 werden.

49
50 Generalisierung:
51 Statt das grundsätzliche Problem zu sehen, wird ein bestimmter Teil der Gesellschaft
52 herausgepickt und mit Repressalien überzogen. Dieser Weg führt zu keiner
53 gesamtgesellschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Thema Alkohol, sondern zu
54 Symbolpolitik. Am Ende wird der Allgemeinheit ein Verbot auferlegt, um wenige Fälle aus
55 der öffentlichen Wahrnehmung zu verdrängen. Damit einhergehend kann sich die
56 Problematik noch verschärfen, da die soziale Kontrolle verloren geht. Das betrifft sowohl
57 den Konsum sowie daraus resultierende Notfälle oder eventuell stattfindende (sexuelle)
58 Übergriffe.

59
60 Alternativen:
61 Statt Verbote auszusprechen, die an der eigentlichen Problematik vorbeigehen, sollte
62 vielmehr ein ganzheitlicher Lösungsansatz im Rahmen einer umfassenden
63 Präventionsstrategie verfolgt werden. Dies könnte z.B. eine umfangreiche
64 Aufklärungskampagne besonders im schulischen Bereich leisten. Zusätzlich wäre der
65 vermehrte Einsatz von Streetworkern in bekannten Problemgebieten denkbar. Auch eine
66 zuvor abgestimmte Deeskalationspolitik der Polizei kann eine Möglichkeit der Prävention
67 bieten.

68